

# Politiker\*innen des Grossen Rats

Anlässlich der kantonalen Abstimmung vom 27. September über das Energiegesetz haben sich die JUSO, Junge Grüne und der Klimastreik Aargau zur Klimaallianz "Jugend fürs Energiegesetz und darüber hinaus" zusammengeschlossen. In diesem Brief wollen wir unsere Abstimmungsempfehlung sowie eine Beurteilung des neuen Energiegesetzes kundtun.

## Wir sagen JA, aber!

Die Klimaallianz sieht das Aargauer Energiegesetz als wichtigen Schritt in eine lebenswerte Zukunft. Die Richtung ist klar, weniger Emission von Treibhausgasen, mehr Einsatz von effizienteren Technologien und mehr Gebrauch von erneuerbaren Energieträgern. Jedoch ist dieses Gesetz nicht genug um die Klimakrise zu bewältigen.

Ob das Energiegesetz von den Aargauer\*innen angenommen wird oder nicht, wir brauchen von euch die Zusicherung, dass sich der Gross- und Regierungsrat nicht zufrieden auf die Schulter klopft und das Thema erneut über Jahre in der Schublade verstauben lässt. Deshalb fordern wir, sobald die Abstimmung vorbei ist, weitere Massnahmen zu ergreifen, um eine zielgerichtete und effiziente Klimapolitik anzusteuern. Das vorgeschlagene Energiegesetz markiert einen Startpunkt der Aargauer Regierung aus dem Klima-Tiefschlaf.

Wir haben nicht mehr viel Zeit! Es liegt an euch, Politik für unsere Zukunft zu machen. Nehmt eure Verantwortung in die Hand und bekämpft die Klimakrise mit wirkungsvollen Massnahmen, um Netto Null Treibhausgasemissionen bis 2030 zu erreichen.

Deshalb fordert die Klimaallianz "Jugend fürs Energiegesetz und darüber hinaus":

- Keine klimaschädlichen Investitionen: Der Kanton setzt sich aktiv dafür ein, dass im Kanton verankerte Banken keine klimaschädlichen Investitionen mehr tätigen und investiert auch selber nicht mehr in fossile Energien (z.B. über Pensionskassen).
- Just Transition: Arbeiter\*innen, die in klimaschädlichen Berufen und/ oder Unternehmen arbeiten, bekommen vom Kanton die nötige finanzielle Unterstützung für Umschulungen und Weiterbildungen. Die Bekämpfung der Klimakrise darf nicht die soziale Ungerechtigkeit steigern.
- Klimagerechtigkeit: Die Kosten der Bekämpfung der Klimakrise dürfen nicht auf finanziell Schwächere abgewälzt werden.
- Ausbau von klimafreundlichem Verkehr: Der Kanton investiert mehr in den öffentlichen Nahverkehr, um diesen, gerade in den ländlichen Regionen, attraktiver zu gestalten. Zudem muss die Infrastruktur für den Langsamverkehr ausgebaut werden (z.B. mehr Velowege).

Wir werden laut, wenn ihr schweigt.

Die Allianz "Jugend fürs Energiegesetz und darüber hinaus"